Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50 durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postaufschlag.
Annahme der Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–3 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (1spalt.) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche gangbare Vermittelungsstellen an. Für Aufgabe einzelnstehender Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.
Dresden, 1894.

J. Paul Liebe's, Dresden, Hustenmittel mit und ohne Zucker: **Malzextrakt-Bonbons, echte:** bekömmlich, wohlschmeckend, zuverlässig. Pckg.: 20, 25, 40 Pf. **Röst-Maltin,** Kugeln aus Malzextrakt-Schaum, zuckerfrei; unter Wärme, daher energisch schleimlös. Dosen 30, 40 Pf. In den **Apotheken.**

Thüre zu! D.R.-Patent. Thüre zu!
Vollkommenster, selbstthätiger, geräuschloser **Thürschliesser.** Prospecte gratis und franco. **70.000** Stück im Gebrauch. **Curt Heinstus,** Dresden-N., **Tieckstr. 12,** fr. 27. (Fernsprechamt II, Nr. 2100.)

Franz Pillnay
Fabrik zweckentsprechender Lacke für alle Branchen
Dresden-Neustadt.

Dr. Ziegler's Magentropfen,
Appetit anregend, Verdauung befördernd und den Magen erwärmend. 1 Flasche Mk. **1,50.** Versandt nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden,
Georgenthor.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf: **Altmarkt 2.**

Neu! Geradehalter „Camillo" Geradehalter neuer verbesserter Construktion gegen runde Rücken und schlechte Körperhaltung, für Erwachsene und Kinder, fertigt **Carl Wendschuch,** Königl. Hoflieferant. **Trompeterstr. 8.**

Nr. 26. **Spiegel:** Debatten im preußischen Abgeordnetenhause, serbische Vorgänge. Hofnachrichten, Bürgermeisterstelle, Zur Währungsfrage, Studentenballfest, Markthallenverein, Bürgercasino-Maskenball, Gerichtsverhandlungen. Résource-Concert. **Freitag, 26. Januar.**

Politisches.

Das preußische Abgeordnetenhaus gab in den Sitzungen vom Dienstag und Mittwoch ein interessantes parlamentarisches Quidproquo zum Besten, indem es das Haus am Dönhofsplatze zum Schauplatz von Erörterungen machte, die über die preußischen Landboten einen Kompetenzkonflikt von Seiten ihrer Kollegen im Reichstage heraufbeschwören müßten, wenn nicht zum Glück die beiden Heerlager einträchtig in nächster Nähe bei einander zu tagen gewohnt wären. Dies friedliche Verhältniß dürfte mit in erster Linie seinen Grund in den zahlreichen „Personalunionen" haben, die einer erheblichen Menge von Abgeordneten die gleichzeitige Ausübung eines Reichstags- und Landtagsmandates zur Pflicht machen. Aus diesem Umstande erklärt es sich denn auch, daß ein Theil der im Reichstage wehenden Luft in die Räume des Abgeordnetenhauses hinübergetragen wurde und dort die Atmosphäre mit dem Sauerstoffe der Miquelschen Reichsfinanzreform schwängerte. Herr Miquel hatte zwei entschieden gute Tage, die ihm für die Unbilden, welche er in der letzten Zeit erlebt hat, Genugthuung gewährten. Die drei großen Parteien der Konservativen, der Freikonservativen und der Nationalliberalen zollten durch den Mund des Grafen Limburg-Stirum, des Dr. Sattler und des Frhrn. v. Zedlitz dem „tiefgründigen und weitaussehenden" finanziellen Reformplan des Leiters der preußischen Finanzen uneingeschränktes Lob. Auch der Abg. Dr. Lieber erklärte, wenn auch in etwas verklausulirter Form, seine grundsätzliche Zustimmung zu einer Finanzreform. So darf man also wohl sagen, daß die Chancen Herrn Miquels im preußischen Landtage noch höher gestiegen als sie im Reichstage bisher gesunken sind. Der Erfolg Herrn Miquels war von so starker moralischer Einwirkung, daß selbst Herr Richter bei seiner selbstverständlich nach allen Richtungen hin negativen Kritik der Finanzreform sich nach den übereinstimmenden Berichten einer ganz ungewohnten Reserve in Ton und Haltung befleißigt haben soll. Woher freilich die nun einmal nothwendigen Mittel genommen werden sollen, gab der berufsmäßige Posaunenengel der Verneinung nicht an. „Herr Richter nörgelt Tag für Tag — Und läßt sich dieses Rechtes nicht berauben; — doch wo man Positives finden mag, — Das zwingst Du ihm nicht ab mit Hebeln und mit Schrauben." Diese Herrn Richter zur zweiten Natur gewordene Abneigung gegen das Aufstellen einer positiven Rechnung brachte Herrn Miquel mit Recht einigermaßen in Harnisch. Der Minister entwickelte in seiner Wiederlegung der Richterschen Budget-Jongleur-Kunststücke die ganze Fülle seines ausgiebigen Temperaments. In dieser Verquickung von lebhaftem Feuer und klarer Verstandes- und Urtheilskraft liegt gerade dasjenige Moment, welches die Reden Miquels so anziehend und fesselnd auch für seine Gegner macht. Herr Miquel ist nicht nur Finanzmann, sondern zugleich und wenn nöthig in erster Linie Sozialpolitiker und Philosoph. Er ist Finanzminister „aus Ueberzeugung", der für die Erfüllung seiner „verdammten Pflicht und Schuldigkeit" seine ganze Persönlichkeit in seltenem Maße einsetzt. Diese tiefe Auffassung seines Amtes in Verbindung mit seiner außergewöhnlichen intellektuellen Begabung macht ihn unter den augenblicklichen finanziellen Verhältnissen an seinem jetzigen Platze völlig unentbehrlich. Es kann daher gar keine Rede davon sein, daß Miquels Stellung durch den zeitweisen Mißerfolg seiner Finanzreform im Reichstage eine Erschütterung erlitten habe. Bei der Aussprengung derartiger Gerüchte ist lediglich der Wunsch vereinzelter gegen den Minister frondirender Elemente der Vater des Gedankens. Selbst wenn der Reichstag nach einer von nationalliberaler Seite für den besten Fall aufgemachten Rechnung nur etwa 50 Millionen Mark bewilligen sollte (12 Mill. aus der Börsensteuer, 12 Mill. aus den Verkehrssteuern, 7 Mill. aus der Weinsteuer und 20 Mill. aus einer verbesserten Tabaksteuer), so wird Herr Miquel seines Amtes nach wie vor weiter walten und sich damit trösten, daß in der Frage der Finanzreform noch nicht aller Tage Abend gekommen ist. Vielleicht liegt aber in dem merklichen Triumph, mit dem Herr Miquel den Landtag gegen den Reichstag ausspielte, eine mehr als blos impulsive Eingebung des Augenblickes und Herr Miquel hat begründeten Anlaß zu der Hoffnung, daß das Blättchen im Reichstage sich noch rechtzeitig zu seinen Gunsten wenden werde. Unmöglich ist das keinesfalls. Bei der Berathung der preußischen Steuerreform im Landtage erhob sich zuerst ein ebenso lebhafter Widerspruch, wie er jetzt im Reichstage gegen die Reichsfinanzreform entfacht ist. Trotzdem erreichte Herr Miquel Alles, was er wollte. Bange machen gilt bei dem Leiter der preußischen Finanzen nicht. Herr Miquel steht im vollsten Sinne des Wortes über den Parteien. In seiner Persönlichkeit ist der Beweis verkörpert, daß die wahrhafte Hingabe an das Wohl der Gesammtheit keinen Parteistandpunkt verträgt. Gerade diese vermittelnde Stellung macht den preußischen Finanzminister zum Herrn der Situation und giebt ihm den richtigen Maßstab für die ausgleichende soziale Gerechtigkeit an die Hand, mit der der heutige Staat die öffentlichen Lasten zu vertheilen beflissen sein muß.

„Klein aber widerhaarig", sagt der Volksmund von einer gewissen Sorte kratzbürstiger Persönlichkeiten, deren körperliche Ansehnlichkeit im umgekehrten Verhältniß zu ihrer Neigung steht, bei jeder Gelegenheit in lichterlohe Flammen zu gerathen, und ihren Nebenmenschen durch allerhand wunderliche Launensprünge das Leben sauer zu machen. Ein Abbild dieser Erscheinung im Verkehr der Menschen unter einander bietet die Politik dar in Gestalt mancher kleinen Staaten, die ohne Rast und Ruh von einer Kalamität zur anderen eilend die wohlberechneten Schachzüge der europäischen Friedenspolitik durch ihr ungeberdiges Verhalten zu durchkreuzen drohen. Seit einiger Zeit ist es in erster Linie Serbien, welches durch den Wirrwar seiner inneren Verhältnisse die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung Europas wieder auf sich zieht, nachdem das Ländchen unter der Regierung seines jugendlichen Herrschers Alexander I. eine kurze Ruhepause durchgemacht hatte. Der junge König stand nach dem am 6. März 1889 erfolgten freiwilligen Rücktritt seines excentrischen Vaters Milan Obrenowic zuerst unter der Regentschaft Ristics, der mit dem liberalen Kabinet Avakumowic die Regierung führte. Alexander I. aber fühlte einen Thatendrang in sich, der den zwangsweisen Schlummerzustand bis zum Eintritt des verfassungsmäßigen Mündigkeitsalters nicht vertrug. So gab er sich denn höchst eigenhändig eine venia aetatis (Altersdispens) und überraschte eines schönen Tages, am 13. April 1893 die Belgrader Bürger mit einem kleinen Staatsstreich nach berühmten großen Mustern. Die Liberalen wurden aus der Regierung entfernt und den radikalen Exaltados das Staatsruder überantwortet. Diese Herren ließen es sich angelegen sein, nach dem Grundsatze aller Extremen: „Nichts gelernt und nichts vergessen" ihr persönliches Müthchen an dem verflossenen Kabinet Avakumovic durch eine haltlose Ministeranklage zu kühlen und im Uebrigen das Land in Grund und Boden hinein zu regieren. Wenn man eine Zeit lang von Serbien nichts hörte und aus diesem Umstande zu schließen geneigt sein konnte, daß der junge König die Zügel der Regierung fest in den Händen hielt, so beweisen die jüngsten Vorgänge die Irrigkeit dieser Ansicht. Alexander I. hat sich den Verhältnissen als nicht gewachsen gezeigt. Das Land steht am Rande des Bankerotts, die Zustände im Steuerwesen spotten der Beschreibung, selbst die Leitung der äußeren Politik ist außer Rand und Band gerathen, indem sie eine scharf feindselige Richtung gegen Oesterreich genommen hat; mit einem Worte, es herrscht ein allgemeines Tohuwabohu. In seiner völligen Hilflosigkeit hat sich nun Alexander I. seinen Papa Milan verschrieben, der dieser Tage in Belgrad eingetroffen ist. Man bringt von manchen Seiten die Ankunft Milans zugleich mit angeblichen Umtrieben gegen die Dynastie Obrenovic von Seiten des Hauses Karageorgievic in Verbindung. Inzwischen scheinen die Dinge durch die Konstituirung des Kabinets Simic wenigstens einen Ansatz zur Besserung gemacht zu haben. Das neue Ministerium trägt im Wesentlichen einen gemäßigt liberalen Charakter, räumt aber auch der radikalen Partei eine angemessene Vertretung ein. Simic selbst ist liberal und war bisher Geschäftsträger der serbischen Regierung in Wien. Dieses Moment fällt bei der Beurtheilung der voraussichtlichen Weiterentwickelung der Lage besonders ins Gewicht, denn eine vollständige Glättung der serbischen Beziehungen zu Oesterreich ist das erste Erforderniß für die Erholung des Landes von seiner jetzigen Krisis. Die Niederschlagung des Prozesses gegen das Kabinet Avakumovic muß ebenfalls als ein erfreulicher Schritt zur Beruhigung der Gemüther bezeichnet werden. Die bisher von den Radikalen betriebene Verhetzung der Geister muß aufhören, wenn anders die neue Regierung für die dringend nothwendigen inneren Reformen fruchtbaren Boden gewinnen soll. Einstweilen bleibt die Lage schwierig genug. Es wird darauf ankommen, ob die vorhandenen Besserungskeime zur Frucht zu reifen vermögen oder ob sie unter dem erkältenden Schatten des Parteihaders abermals dem Loose der Verkümmerung anheimfallen. Das ist die Alternative, welche Serbien für die nächste Zeit voraussichtlich zum Schmerzenskinde der europäischen Friedensdiplomatie machen und dem Lande in der Oeffentlichkeit eine Beachtung sichern wird, der kaum ein Beigeschmack von Besorgniß fehlen dürfte.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 25. Januar.

Berlin. Reichstag. Auf der Tagesordnung steht zunächst erste Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Abzahlungsgeschäfte. Abg. Dr. v. Buchka (kons.) bemängelt nur, daß die eingetragenen Kaufleute dem Gesetz nicht unterliegen sollen. — Abg. Spahn (Centr.) wünscht insbesondere auch Unterdrückung des Abzahlungsgeschäftes im Hausirhandel. Sollte die Vorlage doch noch einer Kommission überwiesen werden, so würde er dort bezügliche Anträge stellen. — Abg. Lenzmann (freis. Volksp.) stimmt dem Antrag im Allgemeinen gleichfalls zu. Da in diesem Jahrhundert auf das Zustandekommen des Reichs-Civilgesetzbuchs doch nicht mehr zu rechnen sei, empfehle es sich, hier selbstständig vorzugehen. Andererseits dürfe man auch in der Beschränkung der Abzahlungsgeschäfte nicht zu weit gehen, da die Nothwendigkeit dieses Geschäftsbetriebs außer Zweifel sei. Bezüglich der Regelung der Entschädigungsfrage behält sich Redner einen Abänderungsantrag für die zweite Lesung vor. — Abg. Dr. Enneccerus (nl.) erklärt, daß seine Freunde zwar im Wesentlichen mit dem Entwurf einverstanden seien, eine sorgsame Prüfung desselben in einer Kommission aber für geboten erachteten. Vielleicht hätte man die Verwirkungsklausel nicht ganz zu beseitigen brauchen, sondern auf einen Prozentsatz des Restes der Kaufsumme beschränken können. — Abg. Werner (Reformp.) begrüßt die Vorlage mit Genugthuung. Die von seinen Freunden gewünschten Aenderungen erforderten keine Kommissionsberathungen. Zu den Abzahlungsgeschäften müßten auch die Vieh-Leihgeschäfte gerechnet werden, durch welche jetzt die Bauern ruinirt würden. Die Höhe der Entschädigung sollte anstatt durch Richter durch Kommissionen von Sachverständigen festgestellt werden. — Abg. Auer (soz.) erklärt, daß seine Freunde ausnahmsweise auch einmal in der Lage seien, für eine Regierungsvorlage zu stimmen. Gegen unreelle Konkurrenz müßten die Gewerbtreibenden geschützt werden. Gegen den Ausschluß aller Werthpapiere vom Vertrieb der Abzahlungsgeschäfte habe er nichts einzuwenden. Angesichts der vielfachen Betrügereien könnte auch die Strafe für Uebertretung eines solchen Verbotes noch erhöht werden. Erwünscht wäre eine Bestimmung, wonach bei Versicherungsgesellschaften die Police nicht schon bei Nichtzahlung einer einzigen Prämie für ungiltig erklärt werden könne. — Die zweite Lesung des Entwurfes findet demnächst ohne kommissarische Vorberathung im Plenum statt. Es folgt erste Berathung des Gesetzentwurfs betr. den Schutz von Waarenbezeichnungen. Abg. Roren (Centr.) billigt den Entwurf im Allgemeinen und hat nur Bedenken gegen gewisse Bestimmungen darüber, was zu geschehen habe, wenn ein angemeldetes Waarenzeichen bereits früher auf Antrag von anderer Seite eingetragen sei. — Abg. Dr. Hammacher (nl.) findet den Grund dafür, weshalb man bisher nicht genügend Schutz gegen Concurrence de loyale hatte, weniger in unserer Gesetzgebung, als in der Anwendung derselben. Bei Konkurrenz eines ein Waarenzeichen Anmeldenden mit Einem, der die Eintragung bereits bewirkt hat, soll nicht das ordentliche Gericht, sondern das Patentamt entscheiden. — Staatssekretär Richerding erwiedert, daß sich die Richter allerdings erst in das Gebiet des Patent-, Marken- und Musterschutzes einleben müßten. Jetzt sei unsere Rechtsprechung auf diesem Gebiete jedenfalls ebenso gut als in anderen Ländern. Die Entscheidung in den betreffenden Fragen dem Patentamt zu übertragen, bieten besondere Schwierigkeiten. — Abg. Schmidt-Elberfeld (freis. Volksp.) wünscht insbesondere Bekämpfung der Concurrence de loyale die uns vom Auslande, besonders von England, gemacht werde. — Die Vorlage wird einer besonderen Kommission überwiesen. Morgen: Handelsprovisorium mit Spanien, Invalidengesetznovelle u. s. w.

Berlin. Im Abgeordnetenhause begründete Abg. Dr. v. Heydebrand (kons.) die Interpellation der Konservativen betr. gleitende Tarife. Die Interpellation lautet: „Ist die Regierung geneigt, im Bundesrath dahin zu wirken, daß ferner eine Ermäßigung landwirthschaftlicher Zölle enthaltende Handelsverträge nicht zum Abschluß gelangen, ohne daß eine angemessene Ausgleichung mit den Geldverhältnissen der in Betracht kommenden Konkurrenzländer stattgefunden hat oder gleichzeitig stattfindet?" Handelsminister Frhr. v. Berlepsch antwortete, daß die Regierung nicht in der Lage sei, dem in der Interpellation ausgesprochenen Verlangen stattzugeben, weil dasselbe ganz undurchführbar sein würde. Die Regierung könne ebensowenig von einem Staate, mit dem sie verhandelt, das Aufgeben seiner Währungsfreiheit beanspruchen. Die Einführung gleitender Tarife würde auch die Landwirthschaft selbst schwer schädigen und der Spekulation Thür und Thor öffnen. Die Bedeutung der Währungsfrage verkenne die Regierung keineswegs, und sie sei bereit, zu untersuchen, wie den Schwankungen des Silberpreises Einhalt gethan werden könne, zumal neuerdings die Gefahr der Goldknappheit näher gerückt sei. (Hört, hört!) Abg. Brömel (freis. Ver.) erklärt die Klagen der Landwirthschaft für unbegründet und warnt vor Experimenten an der Währung. — Abg. Frhr. v. Erffa (kons.) war von der Antwort des Ministers nicht befriedigt, machte der Regierungspolitik zum Vorwurf, daß sie die Zufriedenheit der Landwirthschaft nicht fördere, weshalb er auch eine Unterstützung derselben durch seine Freunde im Reichstage nicht in Aussicht stellen könne. — Abg. Dr. Krause (nl.) führte die Unzufriedenheit auf die gegenseitigen Verhetzungen zurück. — Abg. Graf Hoensbroech (Centr.) wendet sich gegen die Vertragspolitik, die schwere Schädigung im Gefolge habe, erwartet wenig von der Währungs-Enquete und fordert einmüthiges Zusammenstehen der Landwirthe des Ostens und Westens. — Abg. Gothein (freis.) und Graf Ballestrem sprechen für den russischen Vertrag, Letzterer im Interesse der oberschlesischen Industrie, die durch den Zollkrieg in eine traurige Lage gekommen sei. — Abg. v. Kardoff (Reichsp.) und Dr. Friedberg (nl.) vertheidigen die Forderung der gleitenden Tarife und treten für die Doppelwährung ein. — Weiterberathung morgen.

Berlin. In der heutigen Sitzung der Petitionskommission des Reichstags kamen die Petitionen betr. die Prüfung der jüdischen Geheimgesetze, insbesondere des Schulchan-Aruch, zur Verhandlung. Referent Frhr. v. Langen glaubt Grund zu der Annahme zu haben, daß der Schulchan-Aruch noch heute für die Juden in Geltung und in religiöser Hinsicht maßgebend für die jüdische Gesetzgebung sei. Seien die Uebersetzungen richtig, so ständen die für das Judenthum maßgebenden Gesetze in schneidendstem Widerspruch zu unserer heutigen Denkweise. Referent ist für eine staatlich autoritative Uebersetzung, damit der Streitfall endlich einmal aufgeklärt werde. Er plaidirt für eine Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung an den Reichstag. Der Korreferent Abg. Voigtherr (soz.) hat auf Grund eingezogener Erkundigungen bei Rabbinern und Anderen die Ueberzeugung, daß die richtige Uebersetzung eine Doktorfrage sei, über die die Ansichten der Gelehrten weit auseinandergehen. (Voigtherr ist Jude.) — Nach dem „Berl. Tagebl." ist die Denkmalsfrage in der vorgestrigen Audienz, die Prof. Begas beim Kaiser hatte, mit keinem Worte erwähnt worden. Die Arbeiten sind nicht nur nicht eingestellt, sondern es wird rüstig fortgearbeitet, denn die geringste Verzögerung macht die Fertigstellung des Monumentes zum hundertjährigen Geburtstag Kaiser Wilhelms I. im Jahre 1897 unmöglich. — Wegen Beleidigung des Reichskanzlers ist gegen den Chefredakteur der „Deutschen Nationalzeitung" in Düsseldorf, Johannes Wilberg, ein Strafverfahren eingeleitet worden. Es handelt sich um eine Aeußerung in einer Volksversammlung. — In den Prozeß gegen die Schriftsteller Schwenhagen und Black-Podgorsky wegen Beleidigung des Finanzministers Miquel in der Broschüre „Pharisäer und Heuchler" sind nun auch die Buchhändler Gloß-Dresden und Dewall-Berlin hineingezogen, weil Gloß diese Broschüre gedruckt, Dewall dieselbe verlegt und verbreitet hat. — Der Rendant des Neuen Kölnischen Kreditvereins, Georg Rey, Inhaber einer Cigarren- und Rauchtabak-Fabrik, ist nach großen Unterschlagungen in der Vereinskasse und mit Hinterlassung beträchtlicher Schulden flüchtig geworden. Der Fall erregt das größte Aufsehen in weiteren Kreisen. — Die Tochter eines hiesigen Restaurateurs ist unter Mitnahme von 15,000 M. aus der Kasse ihres Vaters mit ihrem bei dem Letzteren nicht beliebten Liebhaber durchgegangen.

Berlin. Die „Post" schreibt: Frohe Gefühle politischer Freude und Dankbarkeit drängen in den Herzen aller guten Deutschen in Preußen heute das Interesse selbst an den wichtigsten Fragen der Tagespolitik zurück. Der Altreichskanzler, der Mann, in welchem das deutsche Volk nächst dem unvergeßlichen Kaiser Wilhelm I. den Wiederhersteller der deutschen Einheit und Größe erblickt, dem seine Bewunderung und dankbare Verehrung gilt, ist Kaiser und Reich neu gewonnen und damit der Baum gebrochen, der auf zahlreichen patriotischen Herzen lag und das Vertrauen zu der Gegenwart und auf die Zukunft unseres Vaterlandes nicht voll aufkommen ließ. Jetzt schlagen Aller Herzen in freudiger Dankbarkeit dem Monarchen entgegen, dessen hochherziger Initiative wir es zu danken haben, daß Fürst Bismarck wieder ganz unser ist. Gerade in einer Zeit tiefgehender Unterströmungen ist die Beseitigung des Druckes, welcher auf einem erheblichen Theile der am entschiedensten deutschnational und monachisch gesinnten Elemente unseres Volkes lastete, von besonderer Bedeutung. In der wiedergewonnenen vollen Entwickelung dieser Gesinnungen gewinnt Deutschland ein nicht zu unterschätzendes Element innerer Kraft; das Nationalbewußtsein wird wieder eine kräftig aufsteigende Bewegung zeigen, nachdem alle dazu mitwirkenden geeigneten und berufenen Kräfte, welche bisher gebunden waren, nunmehr wieder freigeworden sind.

Pfund's verzinnte Kindermilch. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 29. Trocken: Hüttenstr. 29.